

Privater Waffenbesitz?

Eine Nachlese zu den 10. Salzburger Friedensgesprächen

Die 10. Salzburger Friedensgespräche widmen sich dem aktuellen wie brisanten Thema „Privater Waffenbesitz“. Zu hören waren u.a. Vorträge von Udo Jesionek, Präsident des Jugendgerichtshofes Wien und der Psychoanalytikerin Rotraud Perner. Anliegen der Tagung war es, von der mittlerweile äußerst polarisierten Diskussion pro und contra „Verschärfung“ des Waffengesetzes ein Stück weit abzurücken und kulturelle Hintergründe der so heftig diskutierten Causa zu thematisieren. Das Augenmerk der Vorträge und Arbeitskreise richtete sich auch auf verschiedene Ansätze zur Gewaltprävention.

Der folgende Briefwechsel zwischen Ingo Bieringer und Hans-Peter Gmachl, der wegen unseres Engagements in dieser Sache seine Mitgliedschaft aufgekündigt hatte, ist auch als eine Art Nachlese zu den Friedensgesprächen zu lesen.

Kündigung der Mitgliedschaft

Sehr geehrte Damen und Herren des Vorstands, liebe Freunde!

Ich habe sehr lange überlegt, ob und wie ich diesen Brief schreiben soll. Denn ich bin seit 1986 - wenn ich mich nicht täusche - Mitglied des Friedensbüros. Und einer Institution, der man weltanschaulich sehr nahe steht und sie für notwendig und wichtig hält, ist man auch emotional zugetan; man wendet sich nicht abrupt ab. Aber die Einbindung des Friedensbüros in die Aktionen gegen den privaten Waffenbesitz brachten mich ins Schwanken. Schon im September besprach ich telefonisch die

Problematik mit Koll. Bieringer. Worum handelt es sich nun im Konkreten:

- Das Friedensbüro hat m.E. im Fall der Privatwaffen-Diskussion den Status der Parteiunabhängigkeit verloren, weil es sich vor den politischen Karren der SPÖ spannen ließ (die bei diesem Thema auf einen starken Wahlwerbeeffekt bezügl. der bevorstehenden Nationalratswahl setzte, was dann nicht eintrat!).

- Die Thematisierung von Strukturen persönlicher und gesellschaftlicher Gewalt und Friedlosigkeit wurde und wird nur in Teilbereichen beachtet (siehe z.B. zuletzt das Programm der 10. Salzburger Friedensgespräche).

- Zum Abbau von Feindbildern und Vorurteilen hat das Friedensbüro kaum etwas beigetragen. Im Gegenteil, es wurden die Verunglimpfungen der Waffengegner gegenüber den Waffenbesitzern, und damit verstärkter Aufbau eines Feindbilds (inklusive struktureller Gewalt!), ohne kritische Stellungnahme in der Öffentlichkeit mitgetragen.

- Es erfolgten somit seitens des Friedensbüros keinerlei Aktivitäten oder Ansätze, um im Sinne einer präventiven Arbeit zur Kultivierung eines gewaltfreien Zusammenlebens (Hilfestellung zu einem konstruktiven Dialog) vermittelnd einzugreifen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, daß ich es bedenklich finde, wenn die Problematik der Aggression in unserer Gesellschaft auf die Thematik des privaten Waffenbesitzes reduziert wird und als „Stein der Weisen“ das Waffenverbot für Private angepriesen wird. Daß täglich in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft „Morde“ und

Gewalthandlungen passieren, ohne daß dabei eine Waffe benutzt wird und sich zahlenmäßig in einer gewaltigen Dimension abspielen, verbunden mit oft furchtbarem Leid und Elend für die Betroffenen und deren Familien, wird leider völlig ignoriert (z.B. Straßenverkehr, Arbeitsplatz/Wirtschaft, staatliche Verwaltung/Machtausübung, Ehe/Partnerschaften, Medien/Computerspiele).



Dr. Udo Jesionek,
Präsident des
Jugendgerichtshofes
Wien

Friedensgespräche

Dr. Rotraud Perner,
Psychoanalytikerin



Ein Verbot von privatem Waffenbesitz als einseitige Maßnahme gegen Aggression in unserer Gesellschaft sehe ich somit als billige Alibihandlung und wenig zielführende Maßnahme, wenn nicht zugleich ein sinnvolles Konzept und wirksame Maßnahmen in allen anderen Bereichen ebenso getroffen bzw. durchgeführt werden; das heißt also, eine wirksame Ursachenbekämpfung und nicht schamhafte Folgen/Schadensbegrenzung! Aus diesen o.a. und nur kurz umrissenen Gründen sehe ich mich leider gezwungen, meine Mitgliedschaft beim Friedensbüro Salzburg mit Ende d.J. zu kündigen.

*Mit freundlichen Grüßen
Hans-Peter Gmachl*

Lieber Herr Gmachl!

Bei unserem Telefonat im September haben Sie bereits angekündigt, Ihre Mitgliedschaft im Friedensbüro Salzburg wegen der in Ihrem Brief vom 3.11. genannten Gründe

kündigen zu wollen. Ich habe Sie damals ersucht, mit Ihrer Entscheidung bis zu den „10. Salzburger Friedensgesprächen“ zuzuwarten. Offensichtlich hat Sie das Programm der Tagung und die thematische Aufbereitung im „Kranich“ nicht überzeugen können. Dennoch danke ich Ihnen für Ihren Brief. Ich finde diese Form der Auseinandersetzung äußerst konstruktiv und anregend.

Umso mehr bedauere ich, dass Sie Ihre Mitgliedschaft gekündigt haben. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass Ihr Urteil anders ausgefallen wäre, wenn Sie an der Tagung teilgenommen hätten (ich weiß, der Termin war unglücklich, Sie sind Lehrer und freitags ist Unterricht).

Sie kritisieren, dass das Friedensbüro zum „Abbau von Feindbildern und Vorurteilen kaum etwas beigetragen“ habe und dass „somit seitens des Friedensbüros keinerlei Aktivitäten oder Ansätze“ gesetzt wurden, „um im Sinne einer präventiven Arbeit zur Kultivierung eines gewaltfreien Zusammenlebens (Hilfestellung zu einem konstruktiven Dialog) vermittelnd einzugreifen“.

Es war unsere Absicht, mit der Tagung ein Forum für Differenzierungen zu bieten und somit von der mittlerweile sehr emotionalen und polarisierten Diskussion ein Stück weit abzurücken. Es ist der Vorteil einer Tagung, dass

sie (im Gegensatz zu einer Podiumsdiskussion) mehr Zeit und Raum für differenziertere Diskussionen ermöglicht.

Ich denke - und vermute, dass die TagungsteilnehmerInnen das bestätigen werden -, dass diese Absicht erfüllt werden konnte. Es wurden verschiedene Sichtweisen dargelegt und ohne persönliche Untergriffe sachlich diskutiert. Durch die rege Teilnahme von Waffenbesitzern (es waren mehrere Vertreter der „Interessensgemeinschaft für ein liberales Waffenrecht in Österreich“, u.a. Herr Dr. Csaszar anwesend) war dies möglich. Natürlich: die unterschiedlichen Wahrnehmungen blieben aufrecht, niemand wurde „umgestimmt“. Auch wenn die Tagung bewirkt hat, dass wir die Befürchtungen von Waffenbesitzern besser kennenlernen konnten, hat sich der Standpunkt des Friedensbüros dadurch nicht grundlegend geändert. Wir sind der Überzeugung, dass Waffen in privaten Haushalten unter bestimmten Bedingungen eine nicht einschätzbare Gefahr



Christine Tschötschel-Gänger, Leiterin des Arbeitskreises „Bewaffnete Schüler?“ im Gespräch mit dem Streetworker Ecki Falkensteiner und Hans Peter Graß

für viele Menschen bedeuten können und treten deshalb für ein „strengeres“ Waffengesetz ein. Aber nicht nur das: es

geht darum, kulturelle Veränderungen zu erwirken (wozu übrigens auch ein Gesetz beitragen kann), das auf verschiedensten Ebenen weit verbreitete „Recht des Stärkeren“ zu hinterfragen, Konflikte nicht mit (Androhung von) Gewalt zu lösen, Ängste konstruktiver zu artikulieren, Subtilität und Selbstzweifel zu ihrer Bedeutung zu verhelfen und und und. Es geht auch darum, ein männliches Selbstverständnis zu kritisieren, in dem Schießen nach wie vor eine gewisse Normalität besitzt, z.T. legitimiert durch patriarchale Traditionen und Ungleichheiten. Das alles wurde auch in den beiden im Kranich 10/99 abgedruckten Artikeln deutlich.

Darin wurden Waffenbesitzer im übrigen auch nicht diffamiert, oder gar als „Kriminelle“ abgetan. Im Gegenteil: ich habe mich dafür ausgesprochen, die Reduktion auf „die Kriminellen“ und „wir Normale“ als unerträgliche Vereinfachung, als in seinen Grundzügen rassistische Argumentation, z.T. auch als Projektion aufzugeben. Das gilt natürlich für alle. Es liegt uns fern, Menschen zu diffamieren, weil sie eine Waffe besitzen. Wogegen wir uns aussprechen, ist eine bestimmte Mentalität, siehe oben. Damit habe ich eigentlich auch auf Ihre Kritik, dass das „Thematisieren von Strukturen persönlicher und gesellschaftlicher Gewalt nur in Teilbereichen beachtet“ wurde, geantwortet.

Dieser Argumentation kann ich überhaupt nicht folgen. Ich denke, dass sich die Tagung wohltuend abgehoben

hat von vielen Kommentaren, die nach sog. Amokläufen immer wieder vereinfachende und individualisierende Erklärungen anführen und bevorzugt auf abstrakte Sündenböcke einschlagen (die Gesellschaft oder die Medien).

Sie kritisieren, dass die „Problematik der Aggression in unserer Gesellschaft auf die Thematik des privaten Waffenbesitzes reduziert wird“. Gerade wir ignorieren doch nicht, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen Gewalt passiert, und es ist uns eben gerade ein Anliegen, verschiedene Formen von Gewalt zu thematisieren und unterschiedliche Wahrnehmungen von Gewalt zu artikulieren (wenn man sich etwa unser Workshopangebot oder diverse Veranstaltungen ansieht). Auch wurde seitens des Friedensbüros nirgends geschrieben oder gesagt, dass ein strengeres Waffengesetz der wirksame gewaltpräventive Zugang sei (im Kranich steht explizit Gegenteiliges).

Ein „strengeres“ Gesetz zum privaten Waffenbesitzes gehört dazu - nicht als einziges, aber unserer Ansicht nach wichtiges Mosaiksteinchen. Eben gerade deswegen sollen Konzepte zur Gewaltprävention auf mehreren Ebenen ansetzen. Die im Rahmen der Tagung angebotenen Arbeitskreise haben versucht, dem Rechnung zu tragen. Differenziertere Sichtweisen erfordern ein Mehr an Kommunikation und ein Weniger an Plakativität. Um beides sind wir bemüht, beides ist (medial) schwer zu transportieren.

Sie kritisieren weiters, dass wir uns (vor der Nationalratswahl) vor den „politischen Karren der SPÖ“ spannen haben lassen. Die SPÖ greift das Thema des privaten Waffenbesitzes seit einigen Jahren

regelmäßig auf. Sie hat es (wie auch die Grünen und Liberalen) vor der Nationalratswahl wieder getan. Auch innerhalb der ÖVP gibt es nicht wenige Stimmen, die eine Einschränkung des privaten Waffenbesitzes fordern. Im übrigen sind es v.a. auch katholische Organisationen, die sich gegen privaten Waffenbesitz aussprechen. Wir haben den Eindruck, dass es hier einen relativ breiten gesell-

schaftlichen Konsens gibt. Wenn die SPÖ das Thema aufgreift - und damit auch vor einer Nationalratswahl eine klare inhaltliche Position bezieht -, so arbeiten wir gerne mit ihr zusammen.

Wenn z.B. die ÖVP das Thema aufgreift, so wird sie in uns ebenso einen Ansprechpartner finden wie alle anderen Parteien auch. Nimmt sich eine politische Partei eines Themas an und gibt es dabei in wesentlichen Punkten inhaltliche Übereinstimmungen, so sehen wir keinen Grund, uns einer inhaltlichen Positionierung zu enthalten. Das Friedensbüro ist ein überparteilicher Verein, was ja nicht gleichzusetzen ist mit unpolitisch. Und darauf legen wir sehr großen Wert.

Ich entnehme Ihrem Brief, dass wir in vielen Punkten wohl zu Übereinstimmungen oder Annäherungen kommen könnten. Beim Aspekt des privaten Waffenbesitzes ist das augenscheinlich nicht der Fall. Waren Mißverständnisse dafür verantwortlich, so hoffe ich, dass sie mit diesem Brief behoben werden konnten.

Wir würden uns jedenfalls freuen, Sie bald wieder als Mitglied des Friedensbüros begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
Ingo Bieringer
für das Friedensbüro
Salzburg